

Stellungnahme zum Geschäftsbericht 05, 6. September 2006)

Roland Näf, Muri (SP). Ich habe im Geschäftsbericht nur den Bereich der Bildung näher angeschaut. Im Grossen Rat höre ich immer wieder, wie wichtig die Bildung für alle Parteien ist. Wir kennen alle die Aussage, Bildung sei unser wichtigster Rohstoff. Auf der Website einer grossen Partei, nicht der SP, klingt es so: «Die Schweiz ist in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation weltweit führend. Ohne entsprechende Investitionen geht diese Spitzenposition aber unweigerlich verloren.» Auf eidgenössischer Ebene klingt es ähnlich. Alle wollen mehr für die Bildung tun. Man streitet sich nur darum, wie viel der Bund effektiv mehr bezahlen soll. Die SVP will 3,5 Prozent mehr, die CVP 6 Prozent, die FDP 8 Prozent und die SP 10 Prozent.

Wie sieht es im Geschäftsbericht 2005 im Bereich der Bildung aus? Wenn man in der Laufenden Rechnung die nicht budgetierten Abschreibungen beiseite lässt, haben wir in der Produktegruppe Bildung ein Wachstum von 0 Prozent. Im Bericht der Steuerungskommission zum Geschäftsbericht lesen wir auf Seite 12, dass bei einer funktionalen Gliederung der Ausgaben der Anteil der Bildung gesunken ist. Im Jahr 2004 hatten wir 2,496 Mrd. Franken, 2005 noch 2,490 Mrd. Franken. Man kann natürlich sagen, man müsse nicht immer mehr Geld ausgeben, damit es besser werde im Bereich der Bildung. Aber es ist vorhin gesagt worden, die Sparmassnahmen hätten keine Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot. Wenn man den Geschäftsbericht im Detail liest, dann klingt es etwas anders. Im Geschäftsbericht auf Seite 1079 steht zu den Bernischen Fachhochschulen: «Für den BFH-Schulrat waren die nachträglich erfolgten Kürzungen des Regierungsrats auf den verbindlich erklärten BFH Voranschlägen 2005 und 2006 nicht nachvollziehbar.» Zur Universität steht: «Als in höchstem Mass unerfreulich hat der Umstand zu gelten, dass der Grosse Rat den Antrag auf Errichtung des Forschungsgebäudes für die Pflanzenphysiologie im Botanischen Garten zurückgewiesen hat. In der Folge wurde seitens der Universität der Vertrag mit der Stiftung BOAG gekündigt.» Das sind nicht die einzigen Beispiele. Nachdem ich im Bereich der Bildung und Forschung in die Details des Geschäftsberichts hineingeschaut habe, muss ich sagen, dass hier die Sparmassnahmen wirklich wehgetan haben. Rhetorisch sind wir alle sehr gut darin, zu sagen, wie wichtig Bildung und Forschung seien. Ich bitte Sie, den Worten

auch Taten folgen zu lassen!

Budgetdebatte Nov.06, gegen weitere Kürzungen

Roland Näf, Muri (SP-JUSO). «Abhungern» ist das Stichwort von Frau Bernhard. Die meisten unter uns haben wohl kein Problem damit, zu sagen, dort hat es noch ein wenig zu viel, wenn wir vor dem Spiegel stehen. Niemand konnte sagen, wo das beim Kanton Bern sein soll – das hat Bernhard Antener betont. Für mich ist absolut klar, dass es diesen Speck nicht gibt, wenn niemand sagen kann, wo er sein soll. Das heisst, auch die Bildung wird dran glauben müssen. Ausgehend von 35 Mio. Franken für die Laufende Rechnung würde die Bildung mit ungefähr 12 Mio. Franken betroffen. Die Diskussion ist bis dahin sehr abstrakt verlaufen. Ich möchte aufzeigen, was die Motion in Bezug auf die Bildung heissen könnte. Nicht gebundene Ausgaben liegen beispielsweise bei den kleinen Schulklassen vor. Also würde das bedeuten, dass kleine Schulklassen geschlossen würden. Das würde wahrscheinlich vor allem den ländlichen Raum im Kanton Bern betreffen. Dort müssten kleine Schulen geschlossen werden. Es gibt eine andere Variante, im Bildungswesen zu sparen. Ungefähr 3 bis 4 Mio. Franken könnten bei den Attestausbildungen gespart werden. Die Sparmassnahmen für den Bildungsbereich würden also auch bedeuten, dass wir mehr arbeitslose Jugendliche auf der Strasse haben. Wollen Sie das?

Auch bei den Fachhochschulen haben wir die Möglichkeit, bei den geplanten Master-Studiengängen zu sparen. Dort wären ungefähr 10 Mio. Franken möglich. In diesem Rat wird immer wieder betont, wie wichtig unser duales Bildungssystem ist. Ich bezweifle, dass Sie bei den Fachhochschulen sparen wollen. Die Motion bedeutet erstens die Schliessung von kleinen ländlichen Schulen, zweitens den Verzicht auf einen grossen Teil der Attestausbildungen und drittens den Verzicht auf die Master-Studiengänge an den Fachhochschulen. Ich bitte Sie, dies in Ihre Überlegungen einzubeziehen, bevor Sie der Motion zustimmen.

29.11.06 Motion Blaser, Schulen im ländlichen Raum

Roland Näf, Muri (SP-JUSO). Noch am Sonntag war ich absolut überzeugt, dass ich der Motion zustimmen werde, und zwar aus Solidarität gegenüber den ländlichen Gemeinden. Am Montagnachmittag habe ich meine Meinung geändert. Ich werde mich der Stimme enthalten. Als am Montagnachmittag

die Sparmassnahmen beschlossen wurden, geschah dies auch mit den Stimmen fast aller Vertreterinnen und Vertreter kleiner Gemeinden – also genau jener Gemeinden, welche die Kürzungen der Erziehungsdirektion besonders treffen werden. Denn gerade im Bereich der Schülerzahlen hätte die Erziehungsdirektion noch eine gewisse Flexibilität. Es stimmt nämlich nicht, dass eine Klasse bei einer bestimmten Schülerzahl geschlossen oder eröffnet wird. Nun wird man hier mit den Sparmassnahmen ansetzen müssen. Das hat Frau Kohler heute Nachmittag indirekt bestätigt, als sie sagte, Klassenschliessungen in Privatschulen seien nicht möglich: Damit ist klar, wo sie möglich sind. Die meisten bürgerlichen Politikerinnen und Politiker in der Agglomeration Bern verfolgen aus meiner persönlichen Wahrnehmung eine recht radikale, fadengerade wirtschaftsliberale Politik, und zwar ohne Rücksicht auf die ländlichen, wirtschaftlich benachteiligten Regionen. Wenn die Sprecherin der FDP-Fraktion von mutigen Lösungen, klaren Massnahmen, Optimierung spricht, so spüren Sie wohl, was damit gemeint ist. Mit der Zustimmung zu den Sparmassnahmen haben Sie einem Verteilungskampf zwischen Stadt und Land zugestimmt und einen solchen provoziert. Sparen übrigens, Herr Siegenthaler, betrifft immer Menschen; auf dem Land konkret Kinder kleiner Schulen. Wer nicht Rücksicht nimmt auf die ländlichen Gemeinden, auf kleine Schulen, ist nicht fair und ficht nicht mit gleich langen Spiessen. Wenn ich mich der Stimme enthalte, kommt dies nicht von Herzen, sondern soll von den Vertreterinnen und Vertretern aus dem ländlichen Raum als Zeichen verstanden werden. Ein Zeichen dafür, dass sie besser mit der SP-JUSO zusammenarbeiten würden. Aus ethischen Gründen, aus Solidaritätsgründen, aber auch, weil Solidarität gegenüber Schwächeren allgemein erwartet werden dürfte. Das jedenfalls wünsche ich mir für die Zukunft.

Geschäftsbericht 2006, Sept. 2007

Roland Näf, Muri (SP-JUSO). Ich höre jetzt allgemein in den Voten der Fraktionssprecherinnen und -sprecher, insbesondere der bürgerlichen Seite, viel Freude und Begeisterung. Es fielen aber auch Stichworte wie Schuldensanierung, straffe Finanzpolitik oder «fit trimmen». (Der Präsident läutet die Glocke.) Ich persönlich habe diese Rechnung ganz anders gelesen. Ich habe jede Menge Hilferufe von der Verwaltung gelesen, und ich habe den Eindruck, die Steuerungskommission habe da schlicht und einfach gewisse

Stellen übersehen. Ich möchte Ihnen einige Zitate vorlesen, wie es von Seiten der Verwaltung her geklungen hat. Ein Beispiel aus der Staatskanzlei: «Die Staatskanzlei verfügt über ein Ressourcenproblem. Die Bearbeitung komplexer Dossiers muss von einem ganz kleinen Personenkreis bewältigt werden. Die Staatskanzlei weist die zweitkleinsten Ausgaben aller Staatskanzleien der Schweiz pro Kopf der Bevölkerung aus.» Dann ein andere Beispiel, wie es in der Erziehungsdirektion tönte: «In allen Zuständigkeitsbereichen der Erziehungsdirektion werden die fehlenden Mittel zunehmend zu einem Qualitätsproblem.» Wir können weiter gehen. Blaise Kropf hat bereits ein Beispiel aus der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion genannt; nämlich die Investitionen. In Bezug auf das Personal der BVE liest man dort beispielsweise: «Insbesondere bei den Ingenieurberufen erwies sich die Suche als sehr schwierig und oftmals erfolglos.» Dies mit dem Hinweis, dass die Löhne die man anbieten kann, schlicht und einfach nicht genügen. Sogar bei der Finanzdirektion findet sich ein Beispiel: «In den vergangenen Jahren hatte die Finanzkontrolle wiederholt auf die teilweise sehr hohen Saldi an Ferien- und Überzeitguthaben hingewiesen.» Das heisst doch schlicht und einfach: Wir haben im Moment zu wenig Personal. Auch aus der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion möchte ich ein Beispiel zitieren. Es bezieht sich auf die Drogenkriminalität, bei der es ja vielen hier im Saal ein grosses Anliegen ist, dass man genug Personal hat, um diese Leute überhaupt kontrollieren zu können. Im Verwaltungsbericht liest man dazu: «Der Rückgang» – hier ist der Rückgang der Widerhandlungen gemeint – «betreffend die Stadt Bern bedeutet aber nicht, dass der Handel und Konsum zurückgegangen wäre. Vielmehr scheint die Stadtpolizei – vielleicht wegen der Überzeitproblematik – weniger Kontrollen von Konsumentinnen und Konsumenten durchgeführt zu haben.» Auch dort fehlt offensichtlich Personal. Das letzte Beispiel, ebenfalls aus dieser Direktion, zeigt, dass die Situation hinsichtlich des Personalbestands bei der Justiz dieselbe ist. Dort steht beispielsweise beim Obergericht: «Im personellen Bereich fallen eine steigende Fluktuationsrate sowie Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von MitarbeiterInnen mit hinreichendem Justizwissen auf.» Da muss doch niemand hier sagen, es sei alles wunderbar in dieser Rechnung und alles klappe bestens in der Verwaltung. Ich bitte Sie: Wir müssen vorsichtig sein, damit wir das Personal im Kanton Bern nicht überfordern.